

Auf dem Weg zur ökologischen Industriegesellschaft

Angesichts der Atomkatastrophe in Japan fordert die IG Metall den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft. Der katastrophale Störfall im Atomkraft-Werk in Fukushima muss zu einem Wendepunkt in der Energiepolitik werden. Nicht nur der Betrieb von Atomkraftwerken ist unbeherrschbar. Auch für die Endlagerung von Atommüll gibt es keine sichere Lösung. Das haben die Vorfälle im Salzbergwerk Asse II mehr als deutlich gezeigt. Ein nachhaltiger Fortschritt lässt sich nicht auf einer die Lebensgrundlagen der Menschen vernichtenden Energiequelle aufbauen.

Dabei geht es um weit mehr als den Ausstieg aus der Kernenergie und den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Eine ökologische Industriegesellschaft muss auf der effizienten Nutzung von Ressourcen und Energie sowie guten Arbeitsbedingungen aufbauen.

Die Interessen der Beschäftigten sind auf dem Weg zur ökologischen Industriegesellschaft ebenso maßgebend wie die ökologischen Herausforderungen. Das bedeutet, dass auch die Arbeitgeber der Windkraft- und Solarbranche umdenken müssen. Eine Branche, die seit Jahren von öffentlichen Fördergeldern profitiert und als Motor eines ökologischen Umbaus fungieren kann, darf nicht länger eine mitbestimmungslose Zone sein, in der schlechte Arbeitsbedingungen eher die Regel als die Ausnahme sind. Eine fortschrittliche Technologie kann sich in einer Industriegesellschaft nur durchsetzen, wenn Tarifverträge sowie gute Arbeits- und Leistungsbedingungen gelten.

Den Atom-Ausstieg zügig organisieren

Die IG Metall fordert, dass die sieben abgeschalteten Atomkraft-Werke nicht

wieder angefahren werden. Das muss auch für die veralteten und unsicheren Kernkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel gelten. Die Erkundungsarbeiten im geplanten Endlager in Gorleben sind sofort zu stoppen. Die Atommüllproblematik, wie in der Asse, hat gezeigt, dass Salzbergwerke nicht zur Endlagerung von Atommüll geeignet sind.

In einem zweiten Schritt müssen die anderen deutschen Atomkraftwerke so schnell wie möglich abgeschaltet werden. Dabei kann der ursprüngliche Zeitrahmen des Ausstiegs aus der Atomenergie mindestens zum Maßstab genommen werden. Die Rest-Strom-Mengen der sieben abgeschalteten Atomkraftwerke dürfen in diesem Zusammenhang aber nicht auf andere Werke übertragen werden. Jetzt muss von Seiten der Bundesregierung ein Abschaltgesetz und ein Entsorgungskonzept für den vorhandenen Atommüll auf den Weg gebracht werden. Dafür machen wir uns nicht erst seit Fukushima, sondern seit Jahren gemeinsam mit anderen Gewerkschaften, politischen Organisationen sowie Umweltgruppen und -bewegungen stark. Metaller und Metallerinnen haben die Proteste in Gorleben unterstützt, sich bei der Anti-Atom-Kette eingereiht und bei den zahlreichen Kundgebungen und Aktionen der vergangenen Wochen mitgemacht. In einigen Regionen sind enge Netzwerke aus Gewerkschaftern und Umweltaktivisten entstanden, die den Protest vor Ort vorantreiben. Gemeinsam gehen wir auf die Straße.

Klar ist für uns aber auch, dass der Ausstieg nicht auf dem Rücken der Beschäftigten in den Atomkraftwerken ausgetragen werden darf. Wir vertreten auch deren Interessen und deshalb fordern wir, dass der Ausstieg sozial gerecht sein muss und für die Betrof-

fenen andere Arbeitsplätze her müssen. Neue Jobs entstehen in der Branche der Erneuerbaren Energien. Und das Wissen der Kolleginnen und Kollegen wird zunächst auch für den Rückbau der Atomkraftwerke gebraucht. Die Angst vor Arbeitslosigkeit ist unbegründet und wird von den Konzernen genutzt, um auf Kosten der Beschäftigten Stimmung gegen den Ausstieg zu machen. Gleichwohl nehmen wir die Sorgen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ernst und werden in Verhandlungen mit den Arbeitgebern darauf drängen, dass der Ausstieg zu fairen Bedingungen für die Beschäftigten ermöglicht wird. Bei den Milliarden-Gewinnen, die die Atomkraft den Konzernen beschert hat, darf es daran nun wirklich nicht scheitern.

Den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft einleiten

Nach Auffassung der IG Metall basiert der Fortschritt in der europäischen Gesellschaft nicht nur auf Wissen, sondern auch auf industrieller Produktion von Gütern. Kurz: Auf der Umsetzung von Wissen in Praxis. Windkraft- oder Photovoltaikanlagen sind dafür nur ein Beispiel. Ohne industrielle Produktion, ohne praktische Anwendung, werden die sogenannten Wissensarbeiter, werden die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der Unternehmen abwandern. Das lässt sich auch an einer Traditionsbranche wie dem Schiffbau zeigen: Wenn es nicht gelingt, Aufträge für den Bau von Spezialschiffen für die Errichtung von Offshore-Windkraftanlagen auf deutschen und europäischen Werften zu platzieren, werden bald auch die Ingenieurbüros und Entwicklungsabteilungen der Produktion folgen. Insofern ist der ökologische Umbau der Industriegesellschaft notwendig, um einen menschengerechten Fortschritt zu initiieren. Eine reine Dienstleistungsgesellschaft, wie von einigen Experten immer wieder ausgerufen, ist nach Auffassung der IG Metall zum Scheitern verurteilt.

Dem Staat fällt im Rahmen des Umbaus der Industriegesellschaft eine zentrale Rolle zu. Ein demokratisch legitimierter Staat muss der Spekulation und dem ökologischen Raubbau Grenzen setzen, wie es Prof. Ernst Ulrich von Weizsäcker



Foto: IG Metall Salzgitter

Die IG Metall protestiert gegen Atomkraft. Sie fordert allerdings auch, dass der notwendige ökologische Umbau der Industriegesellschaft nicht mit schlechten Arbeits- und Entgeltbedingungen sowie undemokratischen Strukturen einhergehen darf

auf einer IG Metall-Tagung im Rahmen der Hannover Messe ausdrückte. Ohne staatliche Leitplanken, ohne einen starken Staat sei es nicht realistisch einen Wandel einzuleiten. Deshalb brauchen wir keine Laufzeitverlängerung und auch kein Moratorium, sondern die klare Entscheidung für den Ausstieg und den Mut, diesen auch für viele Beschäftigte schwierigen Wandel anzugehen.

Die IG Metall fordert demokratische Strukturen in den Zukunftsbranchen

Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft lässt sich nicht mit schlechten Arbeits- und Entgeltbedingungen sowie undemokratischen Strukturen bewerkstelligen. Für die IG Metall ist es ein Skandal, dass in der Windkraftbranche und der Solarindustrie Billiglöhne und Leiharbeit vorherrschen und Tarifverträge nicht zur Anwendung kommen. Der Windkraftanlagenbauer Enercon stellt dabei nur die Spitze des Lohndumpings dar. Besonders ärgerlich ist, dass die Unternehmen der Zukunftsbranchen Wind und Solar die Mitbestimmung von Beschäftigten massiv verhindern. Betriebsräte und Gewerkschaften kommen

in beiden Branchen kaum vor. Systeme für saubere Energien werden zu unsauberen, undemokratischen und Billiglöhnen hergestellt. Wenn sich das nicht ändert, wird die Akzeptanz für den Umbau der Industriegesellschaft gering bleiben. Demokratische Mitwirkungsrechte und gute Arbeit müssen Kernbestandteil einer ökologischen Industriegesellschaft sein. Diese Forderung muss von der Basis in den Betrieben genauso kommen wie aus breiten Teilen der Gesellschaft. Nur wenn die Ungerechtigkeiten in diesen Branchen stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken, werden wir erfolgreich sein. Dafür brauchen wir die Unterstützung der Umweltbewegung. Ein breites Bündnis ist letztlich auch nötig, um die politischen Mehrheiten zu verändern und den Wandel zu einer ökologischen Industriegesellschaft zu schaffen – das geht nur gemeinsam. Dass der Protest erfolgreich ist, haben die Kundgebungen der vergangenen Wochen gezeigt. Schaffen wir gemeinsam einen Kurswechsel für ein Gutes Leben.

Meinhard Geiken, IG Metall-Bezirksleiter Küste und Hartmut Meine, IG Metall-Bezirksleiter Niedersachsen und Sachsen-Anhalt